

# Dresdener Nachrichten

**Simon's Annenhof**  
Dresden.  
Vorzügliches  
Kaffeehaus-Restaurant  
für Geschäfts- und Ver-  
einigungsgenossen.  
Familien und Touristen.  
Im Centrum der Stadt.  
**Gutes Restaurant**  
Bier, Obst,  
Mässige Preise.

**Lobeck & Co.,**  
Holländerische Seiner Majestät des Königs von Sachsen.  
**Chocolaten, Cacaos, Desserts.**  
Einzelverkauf Altmarkt 2.

Dresden, 1896.

**Wiederholungs-Nummern**  
Für den Monat März.  
Sonntag 20 p. 3 Uhr Nachm.  
Montag 21 p. 11-12 Uhr Mitt.  
Dienstag 22 p. 3 Uhr Nachm.  
Mittwoch 23 p. 3 Uhr Nachm.  
Donnerstag 24 p. 3 Uhr Nachm.  
Freitag 25 p. 3 Uhr Nachm.  
Samstag 26 p. 3 Uhr Nachm.  
Sonntag 27 p. 3 Uhr Nachm.  
Montag 28 p. 3 Uhr Nachm.  
Dienstag 29 p. 3 Uhr Nachm.  
Mittwoch 30 p. 3 Uhr Nachm.  
Donnerstag 31 p. 3 Uhr Nachm.  
Freitag 1. April 3 Uhr Nachm.  
Samstag 2. April 3 Uhr Nachm.

**WEIN-Handlung**  
-Stuben  
Portikus a. d. Markthalle

**Max: Kunath,**  
Wallstr. 8.

**H. Niedenführ**  
Dresden, Wallstrasse 14.  
Haupt-Niederlage  
der Nähmaschinen- und Fahrrad-Fabrik  
vorn. Seidel & Naumann, Dresden.

**Anton Müller**  
Dresden-A., Lüttichaustr. 19.  
Buchbinderei, Präg- und Goldruck-Anstalt.  
Bedienung prompt. - Preise mäßig.  
Fornspracher Amt III. Nr. 347.

**Regenschirme in grösster Auswahl.** Schirmfabrik **C. A. Petschke,** Wilsdrufferstr. 17.  
Nr. 28. Spiegel: Regner und Schirmfabrik Englands, Hofnachrichten, Württembergisches Königsjahr, Landtagsver-  
handlungen, Landtagsgebäude, Gerichtsverhandlungen, Konvaleszenz-Jubiläum, Kirchen-Concert  
Mittwoch, 29. Januar.

**Für die Monate Februar u. März**  
werden Bestellungen auf die „Dresdener Nachrichten“ für Dresden bei unterzeichneter Geschäftsstelle zu **1 Mark 70 Pfennigen**, für auswärts bei den Kaiserlichen Postämtern im Deutschen Reichsgebiete zu **1 Mark 84 Pfennigen**, in Oesterreich-Ungarn bei den k. k. Postämtern zu **1 Gulden 69 Kreuzern** angenommen.

**Geschäftsstelle der „Dresdener Nachrichten“,**  
Marienstraße 38 Erdgeschoss.

## Politik.

Ein Glück ist es, daß man mit Hilfe der Röntgen'schen Strahlen noch nicht die Gedanken photographiren kann. Sonst würden alle diejenigen Leute, denen die Sprache nach dem Tellernden Rezept nur dazu dient um ihre Gedanken zu verbergen, in arge Verlegenheit gerathen, allen voran die jüingigen Diplomaten. Man denke sich, in welche Lage diese Herren kommen würden, wenn künftig einmal die Berichterstatter der Presse einen „Amateur-Röntgen“ auf dem Leibe trügen und mit dessen Hilfe dem interviewten Diplomaten, von ihm selbst unbemerkt, die geheimsten Gedanken aus dem Kopfe zögen! Da ein solches Experiment selbst im Vorübergehen auf der Straße vorgenommen werden könnte, so bliebe den Diplomaten weiter nichts übrig, als sich sammt und sonderb zu „hommes masqués“ zu machen, und zwar mittels so undurchdringlicher Masken, daß selbst die Röntgen'schen „Durchgänger“ davor Halt machen müßten. Freilich würden dann wieder die jüingsten Reporter tausendfache Gegenstände anwenden, z. B. sich als Kammerdiener in das Vertrauen hoher Staatsmänner und Diplomaten einschleichen, um dann in einem unbetrübten Augenblick, in dem die Maske fiel, rasch ihr Gedankenphotogramm aufzunehmen und damit zu verduften. Dabei könnten dann allerdings auch manche wenig staatsmännlichen Dinge zum Vorschein kommen. Manche Photogramme dieser Art würden auch ein einfaches Bakuum ergeben, und die geheimnisvollen „Om, hm!“, mit denen jetzt manch' Einer sich der Anzeichen großer Eingeweihtheit zu geben liebt, würden dann nicht mehr vor der fatalen Entdeckung zu schützen vermögen, daß im Innern des Verstandeslabyrinths sich lediglich ein hoher Raum befindet.

Entweder können aber Alle, die es angeht, noch beruhigt sein. Schwermüdigkeit und eventuell Dementis schaden vorläufig noch vor dem Geistes- und Durchsichtwerden. Das wird gerade jetzt beiderseits Seiten recht angenehm sein: so der Petersburger Diplomatie mit Bezug auf ihre geheimsten Gedanken über den angeblichen russisch-türkischen Vertrag, den rabulischen französischen Staatskesseln mit Rücksicht auf gewisse Mittel, durch die sie sich noch länger am Ruher zu erhalten hoffen, und den Engländern hinsichtlich ihrer Auffassungsweise über den moralischen und rechtlichen Charakter des transoceaner Raubzuges. Der zuletzt genannte Punkt lenkt durch die neueste Behandlung, die er erfahren hat, wieder in recht unliebbarer Weise die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich. Wichtig ist zwar Alles in schönster Ordnung. Die englische Regierung hat das Vorhaben des Dr. Jamieson „genügsam“ und damit Bunkum. Es handelte sich also bloss noch um die nebenstehende Frage, nach welchem Gesetz Dr. Jamieson abzurufen wäre. Anderswo würde die Auffindung eines auf den Fall passenden Paragrafen des Strafgesetzbuches keine Schwierigkeit machen, wohl aber in England. Das freie England genießt nämlich nicht die Wohlthat hässlich löblicher und paragrafenreicher Gesetze. Es handelt sich im englischen Gerichtsverfahren im Wesentlichen um einen unüberwindlichen Wust von sogenannten „Präzedenzfällen“, Vorentscheidungen, die zu legend einer Zeit, vielleicht vor vielen hundert Jahren einmal in einer mehr oder weniger ähnlichen Sache ergangen sind und die dann bis in's Einzelne hinein sowohl mit Bezug auf die Frage, als was für eine Art von Delikt ein Vergehen anzusehen sei, als auch hinsichtlich der prozessualen Einzelheiten bei der Aburteilung einer unter Auflage gestellten Handlung zur Richtschnur genommen werden. Der Dr. Jamieson hat nun das ganz besondere Glück, daß die englischen Rechtsgelehrten erklären, ein solcher Fall sei in den englischen Gesetzbüchern bisher noch nicht verzeichnet worden. Infolgedessen muß sich zunächst eine englische Gerichtskommission aufritt und Stelle begeben, um die Sache in die Länge - und Breite zu betrachten. Ergiebt sich auch dann durchaus keine Ähnlichkeit mit irgend einem früheren Falle, so muß zur Aburteilung der Angelegenheit erst ein Spezialgesetz erlassen werden. Das sind noch der Begriffe des „beschränkten kontinentalen Billistik“, wie sich der „Standard“ künstlich einmal auszudrücken beliebt hat, wenig erbauliche Zustände, die der Chitane und den Verklepplungs- und Verdrehungsinstrumenten in der Justiz Thor und Thür öffnen und die Rechtschaffenheit im höchsten Grade gefährden. Ein kleiner einschüchternder Theil des englischen Volkes empfindet das auch selbst. Besonders der court of chancery, der höchste Gerichtshof für Vormundschafts- und Erbschaftsachen, ist geradezu berüchtigt worden, weil jeder Avocat sich dort mindestens Jahrzehnte lang binklinkert, sodaß die englische Sprache die höchst bezeichnende

Redensart aufgenommen hat „a matter is in chancery“, um damit zu bezeichnen, daß eine Sache hoffnungslos verloren sei! Um wenigstens dem ängstlichen Theil dieser Mißstände zu steuern, ist bereits vor Jahren eine Statute-Law-Kommission niedergesetzt worden, der die Aufgabe zufällt, wenigstens einen Theil des geltenden Rechts zu kodifiziren. Sie hat aber bis jetzt nichts zu Wege gebracht, da ihre Mitglieder ganz außer Stande gewesen sind, sich durch die aufgeschüttelten Massen der Präzedenzfälle hindurchzuarbeiten. Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß die englische Presse mit neidlichem Unbehagen auf die bevorstehende Vervollstänigung des Deutschen Bürgerlichen Gesetzbuches blickt. Die bei der Gelegenheit gedruckten abfälligen Bemerkungen, die darin gipfeln, daß sich das „freie Albion“ nicht in einen Bonzer von Paragrafen zwängen lassen könne, verrathen mir zu deutlich, daß den Engländern die deutschen Trauben zu hoch hängen und daß sie es deshalb vorziehen, sie zu lower zu finden. Es ist eben nicht jedes Volk so gesetzgeblich veranlagt wie das deutsche. Auch braucht bei uns Niemand zu befürchten, wie es die „Daily News“ in der Jamieson-Affaire thun, daß die Hülsenkugeln eines fast unbegrenzten Reichthums auf das Ergebiß zur Niederschlagung einer strafgerichtlichen Untersuchung verwendet werden.“

Inzwischen geht von London aus die Feindseligkeit gegen Deutschland weiter. Man kann nicht einmal sagen, daß sie latent geworden sei. Die Presse ergreift sich noch immer in ungeschlachten Redensarten und Herr Chamberlain hat erst neuerdings wieder eine Rede gehalten, in der er von Deutschland in Ausdrücken sprach, die man bei uns in Lande an amtlicher Stelle nicht in den Mund nehmen würde. Es scheint, als wenn man nachgerade in London dazu übergehen wolle, allen Groll und Vercor, den der schlechte Lauf der auswärtigen Dinge in den Gemüthern anhäuft, auf Deutschland abzuladen. Im Auswärtigen Amt in London herrscht jetzt besondere Verärgerung, weil der englische Vorkämmerer in Konstantinopel, wie das Organ Gladstone's aus offeneren Posheit gegen Lord Salisbury verrathen hat, vor der letzten Audienz bei dem Sultan eine ganze Stunde hat anstehambelären müssen. Dabei soll das Vorzimmer nicht einmal geheißt und der Sultan während der Audienz selbst nicht übermäßig höflich gewesen sein. Das würde darauf schließen lassen, daß dem Sultan das bisher so schwächliche Rückgeant plötzlich von anderer Seite ganz energisch gestützt worden wäre, und England müßte dann endgiltig die Hoffnung aufgeben, mit Hilfe der armenischen Kräfte noch weitere Zettelungen in Europa amiffen zu können. Das Deutschland sich nicht zum Handlangere dieser englischen Intrigenpolitik an allen Ecken und Enden herzugeben, sondern sie durch sein Verhalten unmöglich gemacht hat, das merkte die Engländer schon lange und häufte den Hinstoff auf, der jetzt zur Explosion gekommen ist. Wie man einst in Frankreich „Kevanche pour Sarkawa!“ von Breußen heilste, so erörtern jetzt in England der Ruf: „Mache für Krügerdorf!“ gegenüber Deutschland. Außerdem scheint man sich der Taktik bethelligen zu wollen, Deutschland gewissermaßen als Friedensstörer in aller Welt hinzustellen. Daraus deutet die jüngste, reichlich tendenziös zugespitzte Meldung aus London, daß Deutschland in Venezuela Gebiet beizugehen wolle zur angeblichen Sicherung von Güterbahnanfängen. Der englische Botschafter geht aus dieser Nachricht deutlich heraus, zumal wenn man den englischen Kommentar dazu liest, in gewissen politischen Kreisen werde geglaubt, daß in diesem Falle die Vereinigten Staaten einschreiten dürften. Ferner wolle die „Times“ wissen, das energische Vorgehen Deutschlands“ verurtheile „unabhängig“ in den amtlichen Kreisen. Dazu kommt noch, daß die Werbung von einem in aller Welt wegen seines geachteten Verhältnisses zu der Wahrheit bekannten Nachrichtenbureau stammt. Selbst wenn aber an der Sache etwas Wahrscheinliches wäre, so hätten die Engländer nicht den mindesten Grund, sich zu ärgern, da sie selbst im vorigen Jahre den nikaraguanischen Unstuholen Corinto zur Sicherstellung eines Entschädigungsanspruches blockirt haben. Die Engländer würden also auch in diesem Falle gut thun, sich vor Allem zuerst an die eigene Nase zu fassen.

## Vor 25 Jahren.

**Versailles, 29. Januar.** In der Kaiserin und Königin. Gestern Abend ist ein dreiwöchentlicher Waffenstillstand unterzeichnet worden. Einde und Nothke werden kriegsgefangen und in Paris internirt. Garde nationale södentaire übernimmt die Aufrechterhaltung der Ordnung. Wir besetzen alle Forts. Paris bleibt ernannt und darf sich verschließen, wenn die Waffen ausgeliefert sind. Eine Konstante wird nach Vorbezug in 14 Tagen berufen. Die Armeen im freien Felde behalten ihre resp. Landstricken besetzt. mit Neutralitäts-Jonen zwischen sich. Dies ist der erste gegenwärtige Lohn für den Patriotismus, den Gehorsam und die schweren Opfer. Ich danke Gott für diese neue Gnade; möge der Frieden bald folgen. Wilhelm.

**Versailles, 29. Januar.** Die Belegung von St. Denis und sämtlichen Forts von Paris hat heute ohne Zwischenfall stattgefunden.

## Fernschreib- und Fernschreib-Berichte vom 28. Januar.

Berlin, Reichstag. Präsident v. Buol theilt mit, der Kaiser habe die ihm gestern Namens des Reichstags überbrachten Glückwünsche huldreich entgegengenommen. Die Beratung des Etats des Reichsanstalts des Innern und zwar zunächst die dazu beantragten Resolutionen Hibe und Auer, betreffend Revision der Ergänzung des Invaliditätsgesetzes und Altersversorgungsgeiges wird fortgesetzt. — Abg. v. Staudy (son.) bestritt, daß die Unzulänglichkeit mit dem Invaliditätsgesetz abgenommen habe, wie der Herr Staatssekretär behauptete. Das Gesetz ist fürchtbar unpraktisch eingerichtet. Wie unendlich und wie schwer es zu befreien ist, beweist die Thatfache, daß in dem einen Jahre 1894 bei einer einzigen Versicherungsanstalt 2000 Befragungen vorgenommen sind. Redner erklärt, daß keine Parteifreunde für Salutaritätszuschläge nicht zu haben seien und empfiehlt schließlich W-

Änderung des Beweisverfahrens und Abschaffung des Markenrechts. — Staatssekretär v. Böttcher: Die Wandel des Markenrechts erkenne ich an; aber eher dieses abgeschafft wird, muß das ein besseres gefunden werden. In meiner Behauptung, daß das Gesetz überhaupt an Symptomen gewinnt, halte ich fest und an eine Zurückziehung der Bestimmungen, welche die den Arbeiter mit diesem Gesetz gemacht haben, ist gar nicht zu denken. Fortdauer eingehende Anträge auf Erweiterung des Gesetzes beweisen, daß die Unzulänglichkeit mit diesem Gesetz nicht gar so groß sein kann. — Abg. Dr. Bachmide (str. Sp.): Wir erlauben in dem Antrag Hibe nur eine Verbesserung an die Regierung, zu prüfen und gerührt kann dieses Gesetz nicht oft genug werden. Alle die Vor schläge, die man zur Revision des Gesetzes gemacht hat, sind noch nicht genügend gereift. In England verfährt der Arbeiter sich selbst, bei uns nicht er verfährt und ich habe mich nicht gehört, daß der Arbeiter in England schlechter stehe als bei uns. Was die sozialdemokratische Revolution fordert, ist erstens nur der Anfang, später wird man mehr fordern und der Schluss wird sein eine allgemeine Besteuerung behufs Gewährung von Renten an jeden Arbeiter. — Abg. Dr. Enneccerus (st.): Wenn wir auf dem Boden der freiwilligen Versicherung geblieben wären, so hätten wir niemals das Große erreicht, was wir erreicht haben. In erster Linie wünsche ich Wittmen- und Waisen-Anträge und sodann eine Gesetzgebung der Erlangung von Invalidenrenten, aber nicht in der Weise des Antrags Hibe. Redner betont, einzelne Versicherungsanstalten könnten schon jetzt mit der Einführung der Wittmen- und Waisen-Anträge vorgehen zu können. — Abg. Graf Koch (son.) berichtet, die Konvaleszenten ließen sich in der Füttersorge für die wirtschaftlich Schwachen von keiner Partei überlassen, am allerwenigsten von den Sozialdemokraten und auch nicht von jenen jungen Streber und Schwärmgeiern, die sich innerhalb der sogenannten christlich-sozialen Partei fanden und die im anstehen, den konservativen Boden zu verlassen. Redner bezeichnet als Hauptmangel des betreffenden Gesetzes die Marken und die ungeschickten Verwaltungsmethoden, sowie den Umstand, daß eine Reihe wirtschaftlich Schwacher: kleine Handwerker, Handindustriell-Beschäftigte, Wittmen u. d. d. übersehen seien. — Abg. Singer (st.) bestritt, daß der sozialdemokratische Antrag unannehmlich sei. Wir würden ja freilich die ganze Versicherungsangelegenheit hängen für das freie Koalitionrecht, aber dafür sei ja die Rechte nicht zu haben. Bei Ablehnung unseres Antrages stimmten wir für den Antrag Hibe, um der Regierung wenigstens eine Anregung zu geben. — Staatssekretär v. Böttcher: Eine solche Anregung ist entschieden angeht das Studium, in dem sich die Vorarbeiten zu einer Revision der Versicherungs-Gesetzgebung befinden. Vordrucker verkennt nur die dabei obwaltenden Schwierigkeiten. Wenn Neben hier genügt, dann wäre in ein Revisionsgesetz bald fertig. Herr Enneccerus glaubt wenigstens, ich die dringendste aufkommenden Mittel seien für die Einführung der Wittmen- und Waisen-Anträge ausreichend; die aufgestellten Berechnungen ergeben aber, daß in vier Jahren, bis 1900, zu einer solchen Fürtürge bei 36 M. Rente für jede Waise und 60 M. für jede Wittve 449 Millionen M. mehr erforderlich sein würden. Dann würden aber im Jahre 1900 alle Waisen-Anträge und Waisen-Anträge sein und es würde also eine Erhöhung der Beiträge nötig sein. — Abg. v. Staudy bemerkt: Stuger gegenüber, die Armeypflege auf dem Lande in den Götterbezirken tiefe hoch über der in den Städten. Was die Koalitionsfreiheit anlangt, so würden die Arbeiter gerade von der Sozialdemokratie terrorisiert. — Abg. Singer weist dem gegenüber an: die soziale und wirtschaftliche Macht der Arbeitgeber besetzt über dem Lande hin, durch welche die Wohl- und sonstige Freiheit der Arbeiter total unterdrückt werde. Die Armeypflege hebe in Berlin und anderen großen Städten thurnhoch über der ländlichen. — Die Resolution Auer wird abgelehnt, die Resolution Hibe einstimmig angenommen. — Bei dem Abschluß Reichskommissionariat, Titel: Ueberwachung des Auswanderungswesens, erklärt auf Anfrage des Abg. Hammacher der Staatssekretär v. Böttcher, ein neuer Entwurf zu einem Auswanderungsgesetz sei ausgearbeitet und vom Ausschuss des Reichsanstalts bereits begutachtet werden. Nächste Woche werde auch das Plenum des Reichsanstalts die Beschlüsse prüfen und diese Sache alsdann die Anstalten beschäftigen. Das Reichsamt des Innern und das Auswärtige Amt würden die Materie nach Kräften fördern. Bei dem Titel: Kommission für Arbeiterrenten“ bemängelt Abg. Vogel (st.), daß dem Reichsamt des Innern bis jetzt noch nichts gegeben sei, um die von jener Kommission schlagens Beträge gesetzlich zu verwerthen. Die Verbesserung des kaiserlichen Gesetzes von vor 6 Jahren sei noch so gut wie unerfüllt. Eine Branche, die von der Wohlthat einer Regelung der Arbeitszeit am notwendigsten profitieren müsse, sei die Bäckerei. Es beizt, dem Bundesrath sei ein Gesetz zugegangen. Wie steht es damit? Der jetzige Reichsfiscaler scheint für die Sozialreform erheblich weniger Interesse zu haben als sein Amtsvorgänger. Redner verlangt ferner Untersuchungen über die Lage der Arbeiterinnen. Wie entsetzlich sei die Lage derjenigen der Konfektion, besonders bezügl. der Wohnungsverhältnisse: Wohnstube, Küche, Arbeitsraum, Schlafstube. Alles in ein und derselben Raum. Welcher Anstandes! Wie würde dadurch, durch die Arbeitstoffe weiter verbreitet. — Staatssekretär v. Böttcher: Den Wunsch nach einem schnelleren Tempo an diesem Gebiete theile ich, aber die Vereinfachung der Mißstände kommt nur auf dem vorgeschriebenen Wege stattfinden: Verordnung des Bundesraths oder Gesetzgebung, und beide Wege erfordern Zeit. Die Kommission ist sehr ausgiebig beschäftigt gewesen; wenn sie nicht so viel Sitzungen abgehalten hat, als Vordrucker wünscht, so liegt das an dem Befinden des hochverordneten Unterstaatssekretärs v. Staudy, der übrigens noch nicht seinen Abschied angenommen hat und auch nicht hinausgerannt worden ist. Es ist bedauerlich, daß sein Gesundheitszustand ihn allerdings hindert, weiter im Amte zu bleiben. Am 16. Dezember ist dem Bundesrath die Verlage einer Verordnung betreffs der Rückeren zugegangen und es ist zu hoffen, daß dadurch den Mißständen in diesem Gewerbe ein Ende gemacht werde. Mit den Angehörigen in dem Nordseegewerbe wird sich die Kommission in ihrer nächsten Sitzung befassen, ebenso mit dem im Ostseegewerbe; im Rückeregewerbe werden in den nächsten Tagen Verhandlungen stattfinden und damit diese Arbeit beendet sein. Für das Verkeersgewerbe sind Einleitungen und Erhebungen in Aussicht genommen, ebenso über die Sonntagsgarbit mit der Binnenschiffahrt. Eine Veränderung in unterm Sozialreform ist nicht eingetreten. — Der Titel wird genehmigt. — Roagen Initiativ-Anträge. (Mittw: Wahlrecht, Auer und Anderer Koalitionrecht.)

Berlin. Der Großherzog von Deffen wurde von Kaiser zum Generalleutnant ernannt. — Das Abgeordetenhaus trat heute in die Einzelberatungen des Etats ein. Der Finanz-

**W. Hennemann's Weinhandlung** (Friedmann & Grub) **Blasowitz**, in der Götterstraße 27 und Weinstuben